

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25241.
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei wöchentlich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauft monatlich 17.50 M., vierteljährlich 52.50 M.
Anzeigen-Preise. Die einfache 37 mm breite Zeile 4.— M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 10 tägige Anzeilen 25.— M., 30 tägige 50.— M., 100 tägige 150.— M. Zusätzliche Gebühren nach Vereinbarung. Preis für den Druck 1.— M. pro Zeile und Spalte. Bei mehrmaliger Wiederholung des Textes nach Vereinbarung. Druck der Anzeigen nur mit besonderer Genehmigung („Trotzdem Nachr.“) möglich. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Karlshof 33/40.
Städt. u. Verlags-Verlagsgesellschaft in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Noch keine Einigung über die Steuerfrage.

Verchiebung der Reichstags-Sitzung und der Finanzministerklärung.

Einigung über die Zwangsanleihe.
(Drahtmeldung aus Berlin.)
Berlin, 26. Jan. Das Steuerkompromiß ist immer noch nicht unter Dach und Fach. Die am 1. Uhr ausgelegte Vollziehung des Reichstages, in der der Reichstag über die angeforderten Zwangsanleihen abgeben soll, ist deshalb vorläufig auf 8 Uhr verschoben worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine frühere Verschiebung eintritt. Für die Höhe des Reichszinseszinses ist eine Stunde vorgesehen. Die Sitzung soll danach beginnen.

An den interfraktionellen Besprechungen, die vorzeitig begonnen, nahmen wieder außer dem Reichsfinanzminister Gumbel und Rathenau sowie einige andere Minister und Staatssekretäre teil. Man einigte sich dahin, daß die Zwangsanleihe nicht bis zu einer Milliarde Goldmark aufgelegt werden soll, sondern zu dem vollen Betrage einer Milliarde. Die Verzinsungsfrage ist noch kritisch. Die bürgerlichen Parteien sind damit einverstanden, daß zunächst nur eine kleine Verzinsung eintreten, die später allmählich erhöht werden soll. Die Sozialdemokraten wollen, daß die Anleihe zunächst unverzinst ist. Zunächst wird über die Frage hauptsächlich keine Entscheidung getroffen werden, sondern erst dann, wenn die Anleihevorlage vorgelegt werden kann und die Verhältnisse sich übersehen lassen. Was die Steuerfrage anlangt, so behauptet die Sozialdemokratie bisher auf Bezeichnung der Vermögenslosen, während die bürgerlichen Parteien sich dahin einigten, daß im allgemeinen eine Umfajierung von 20 Prozent erhoben werden soll. Danach soll die Kohlensteuer 40 Prozent betragen, während die Sozialdemokraten nur 10 Prozent bewilligen wollten. Die Zentrumspartei ist sich auf 10 Mark für den Doppelzentner stellen, während die Vorlage 100 Mark in Aussicht genommen hat. Auch verlangen die bürgerlichen Parteien, daß die Erträge der Anleihe nur zur Deckung des Extraordinariums dienen sollen, keineswegs aber zu Zuschüssen an die Reichsbehörden (Post, Eisenbahn). Die Fraktionen rechnen zu den Ergebnissen der interfraktionellen Besprechungen zunächst endgültig. Nachmittags 8 Uhr beginnen neue interfraktionelle Besprechungen.

Die Verhandlungen über die persönlichen Garantien, die von der Deutschen Volkspartei gefordert sind, werden persönlich vom Abgeordneten Bekkerhoffen mit dem Reichsfinanzminister geführt. Auf deutscher Seite sieht man nach wie vor dem Gedanken einer Zwangsanleihe ablehnend gegenüber und betont, daß die beabsichtigte Hilfsaktion der Landwirtschaft infolge der neuen Überbelastung wohl kaum noch werden zur Durchführung gelangen können.

Die Stellung der Unabhängigen zur Zwangsanleihe.

Berlin, 26. Jan. Ueber den Verlauf der Besprechungen des Reichsfinanzministers mit der Zentralleitung und der Reichstagsfraktionen der U. S. V. D. veröffentlicht die „Freiheit“ eine längere Erklärung, in der ausgesprochen wird, daß der Sicherungsvoranschlag der bürgerlichen Parteien in einer gemeinsamen Sitzung der Zentralleitung und der Reichstagsfraktionen einstimmig angenommen wurde. Bei ihrer Stellungnahme sei für die Fraktion entschieden gewesen, daß die Zwangsanleihe in keiner Weise geeignet sei, eine Sanierung der Reichsfinanzen und daher einen Stillstand der Reichsdrucke mit ihrer preissteigernden Wirkung herbeizuführen. Diese Zwangsanleihe würde nie ausreichen, die Reparationsleistungen zu decken und den inneren Bedarf zu befriedigen. Abgesehen von den schwersten Mängeln des Kompromißes würde die Zwangsanleihe nur eine gewisse Entlastung der Zahlungsverpflichtungen im Augenblick bringen. Eine Steuerreform, die geeignet sei, die Vermögenslosen des Reiches zu belegen, erscheint der U. S. V. D. nach wie vor nur durch folgende Maßnahmen möglich: 1. Sofortige Erhöhung der Goldsteuer, 2. Sofortige Erhebung des Reiches des Reichsnotenscheins, 3. Sofortige Erhebung der bisherigen Steuer von den Besitzenden, 4. Erhöhung der Ausfuhrabgaben und stärkere Erhebung der Ausfuhrabgaben.

Fertigstellung der deutschen Antwort an die Reparationskommission.

(Drahtmeldung aus Berlin.)
Berlin, 26. Jan. In einer heutigen Kabinetts-Sitzung soll die Antwort an die Reparationskommission beschlossen und die Delegation über den Garantieplan verständigt werden. Infolge der verzögerten Verhandlungen über das Steuerkompromiß wird, wie es heißt, die Übergabe der Antwort voraussichtlich auf Freitag, den letzten Termin, verschoben werden müssen. Von anderer Seite verlautet dagegen, daß die Antwort bereits im Laufe des heutigen Tages der Reparationskommission überreicht werden soll.

Ein englisches Angebot zur Erleichterung der Zahlungen?

London, 26. Jan. Der „Standard“ sagt, wird aus London gemeldet, daß die Allierten in Genua, um Deutschland die Zahlungen in Anbetracht des Konsums von 700 Millionen Marktragener zu erleichtern, die Zahlung von 2 Millionen Marktragener in London anbieten wollen, die im Januar 1922 im Monat folgende Barzahlung von 1 Millionen Marktragener in London herabzusetzen. Die dem „Standard“ von wichtiger amtlicher Stelle mitgeteilt wird, in der Reichsregierung ein solches Angebot nicht bekannt. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß eine derartige Regelung von englischer Seite in Aussicht genommen ist.

Würdeloses Verhalten deutscher Pazifisten in Mainz.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Mainz, 26. Jan. Daß die Deutsche Friedensgesellschaft ihre rhein-männliche Pazifisten-tagung gerade in unserer Stadt, die man wohl als die belebteste des belebten Gebietes bezeichnen darf, einberufen hat, war wohl nicht sehr glücklich. Fremder Militarismus schaff in der von ihm beherrschten Bevölkerung keine Atmosphäre, die zur Pflege pazifistischer Gedanken besonders geeignet wäre. Die Teilnahme blieb denn auch recht schwach. Am Sonntagabend sprach Hans Schramm, Berlin, über die wirtschaftlichen Grundlagen des Volkes und den Völkervertrag. Am Sonntag sprach Dr. Straßer, Darmstadt, in einem Referat „Der Völkervertrag, seine gegenwärtige und künftige Ausgestaltung“ hauptsächlich von seinen Erfahrungen in Genf, während der letzten Völkerverhandlung. Er hat von dort von einzelnen Persönlichkeiten und besonders von der Idylle der internationalen Arbeitssammler starke Eindrücke mitgebracht. Am Montagmorgen kam dann mit der Schriftführerin Frau Janisch aus Frankfurt a. M. die rhein-männliche Pazifisten-tagung zum Wort. Besonders merkwürdig verhielt gerade in dieser Stadt das Verhalten vieler nationalen Gruppen in der Absehung der Beibehaltung der Bismarckschen Reichsgrenzen durch die Redner. Es zeigte sich nicht gerade von gerechtem Übermaß patriotischer Gesinnung, wenn sie unteren ehemaligen Feinden besaueugte, daß „unserer mangelhafte innere Wandlung“ einen ausreichenden Grund für ihr Verhalten gegen uns bilde, oder wenn sie von der Notwendigkeit sprachen, den archaischen Teil unserer Verfassung weiter zu erhalten. Die Ausführungen erregten manchen Pazifisten der Öffentlichkeit, die aber dann während einer belagerten Diskussion gegen eine Stimme Resolutionen annahm, in denen gefordert wurde, daß Deutschland seine Aufnahme in den Völkervertrag selbst beantragen solle, daß im Genua auch Arbeitervertreter zugelassen werden, und daß im Unterricht der Artikel 148 der Reichsverfassung durchgehört werden soll.

Die Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Berlin, 26. Jan. Der frühere russische Minister des Äußeren Gromkow erklärte gegenüber einem Male, mit Bedauern müsse er feststellen, daß die in Berlin gedruckten Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges nicht seien. Das „V.“ bemerkt, die Annahme, daß die von ihm veröffentlichten Berichte Dimitroff aus der Dokumentensammlung des früheren russischen Botschafters in London Eberhard herrühren, ist durchaus trügerisch. Eberhard habe damit nicht das Mindeste zu tun.

Die Verlustliste des mitteldeutschen Aufstandes.

Wird jetzt durch den Minister für Inneren bekanntgegeben. Dem damaligen Kampfe fielen am 1. März bei der Zivilbevölkerung 146 Tote, 51 Verwundete, 2 Vermißte, bei der Schutzpolizei 82 Tote, 67 Verwundete, 100 Vermisste.

Indiens Kampf um die Freiheit.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
London, 26. Jan. Dem indischen Amt sind aus Bombay Mitteilungen zugegangen, daß eine Konferenz aller indischen Parteien dort stattgefunden hat. Es wurden Resolutionen angenommen, in welchen England die Schuld an den vorletzten Unruhen ausgedehnt wird. Die Anhänger von Gandhi hielten indisch mit Vertretern anderer indischer Parteien eine zweite Konferenz ab, in der sie ihr Verhalten für die Zukunft festlegten und beschlossen, die anti-englische Agitation in neuen Formen fortzusetzen. Gandhi wird besonders am Indus hin, das zwar nicht befreit, aber freier sei als die Anden. In Indien sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Unabhängigkeitsbewegung dazu schreiten müsse, eine eigene nationale Regierung zu bilden und die Verwaltung zu übernehmen, die notwendig auch die Bildung einer republikanischen Union ins Auge fassen muß. Gandhi war überzeugt, daß Millionen seiner Landsleute diesem Programm folgen werden. Die Ausführung mühe England zu verhindern, um es gelungig zu machen, da es ihm nicht möglich sei, das indische Programm mit Erfolg zu bekämpfen. Gandhi rief von Einzelunternehmungen ab, weil diese ausfallslos seien und immer neue gewaltige Opfer forderten. Dennoch habe die allgemeine Bewegung nur dann Aussicht, wenn sie gegenüber England radikal antreite. Man glaubt in Londoner amtlichen Kreisen anzunehmen, daß die Regierung die Bildung indischer nationaler Streitkräfte nicht dulden werde.

Der serbische Druck auf König Konstantin.

Paris, 26. Jan. Die „Matin“ aus Belgrad meldet, seine König Alexander an der anlässlich seines letzten Besuches beim rumänischen Königs-paar dem in Smolna anwesenden Kronprinzen Georg von Griechenland nahe, er möge seinen Vater, den König Konstantin, veranlassen, auf den Thron zu verzichten. Sowohl der König von Serbien, wie der König von Rumänien, hätten für den Fall, daß Kronprinz Georg in naher Frist den Thron von Griechenland besteigt, Griechenland den Einfluß in die kleine Entente und den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland in Aussicht gestellt, um den Status quo auf dem Balkan zu sichern. Der Kronprinz übernahm die Erklärung. (S. 7. A.)

Calenders Einladung nach Genf.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genf, 26. Jan. Das Pariser „Journal“ meldet: Präsident Calender hat die Mitglieder der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission für den 12. Februar an einer Sitzung nach Genf eingeladen.

Genf, 26. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus Warschau, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages für das Reich Parlament in der obersteilischen Kandidatensfrage einträte, wahrscheinlich werde man sich mit den Deutschen aber auf der Grundlage eines Kompromisses einigen, das die gegenwärtigen Kandidaturen auf bestimmte Weise einleitet, um die Verhandlungen in Übersee zu einem schnellen Ende zu bringen und von den neuen Gebieten Besitz zu ergreifen.

Sinkende Preise und Lohnabbau in der Tschechoslowakei.

Prag, 26. Jan. Infolge des Stieges der tschechischen Krone und des empfindlichen Stieges der Auslandsdeutschen sind die Lebensmittelpreise in der Tschechoslowakei erheblich, die Mehrzahl sah um 30 Prozent gefallen. Die Industrie geht, selbst auf die Gefahr von Streiks, mit Abschlagungen von Lohnverträgen geschäftsbauers der Löhne vor.

Die Ergebnisse des deutschen Außenhandels.

Berlin, 26. Jan. Nach den vorläufigen Ergebnissen des russischen Reichsamt über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Dezember 1921 haben der Berliner Zeitung am Montag zufolge für Spezialhandel beitragen die Einfuhr 208 Millionen Doppelzentner im Werte von 13,7 Milliarden Mark, die Ausfuhr 19,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 1,4 Milliarden Mark. Die Einfuhrmenge ist somit im Vergleich zum Vormonat um 4,4 Millionen Doppelzentner oder 17,4 Prozent zurückgegangen. Die Ausfuhrmenge weist nach einem Rückgang im November wieder eine Steigerung um 0,9 Millionen Doppelzentner oder 1 Prozent auf. Dem Werte nach hat sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr zugenommen, die Einfuhr um 1,4 Milliarden Mark oder 11,4 Prozent, die Ausfuhr um 2,7 Milliarden Mark oder 27,7 Prozent. Nachdem sich der Einfuhrüberschuss im November bereits auf 0,4 Milliarden Mark gegenüber 4,9 Milliarden Mark im Oktober verringert hatte, ist im Dezember in erster Linie infolge des weiteren Rückgangs der Rohwareneinfuhr ein Ausfuhrüberschuss von 0,9 Milliarden eingetreten. Trotzdem weist die deutsche Handelsbilanz für das ganze Jahr 1921 eine starke Passivität auf, denn für die Monate Mai bis Dezember (für Januar bis April liegen die Zahlen noch nicht vollständig vor) beträgt der Einfuhrüberschuss 19,1 Milliarden Mark.

Kein Verbot der Ausfuhr deutscher Kohlen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genf, 26. Jan. Genes meldet am Montag abends: Die Reparationskommission hat auf eine Beschwerde des Schweizerischen Bundesrates in Bern antwortlich erklärt, daß kein Verbot der Ausfuhr deutscher Kohlen verhängt und noch weniger ausgedehnt habe. Sie habe lediglich die weitere deutsche Kohlenausfuhr in ihrer Note an Deutschland vom 7. d. M. an die Bestimmungen geknüpft, daß Deutschland in erster Linie die Reparationsforderungen erfüllen. Das deutsche Kohlenausfuhrverbot sei nicht von der Entente angelehrt worden.

Englisch-amerikanisches Zusammengehen gegenüber Frankreich.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
London, 26. Jan. Die amerikanische Begründung für die Zurückhaltung bezüglich der Konferenz in Genua ist weit entfernt, die englische Regierung zu entmutigen. Vielmehr laufen England und Amerika, wie schon der amerikanische Druck auf Frankreich bewies, vollkommen parallel, so daß lediglich eine Verzögerung des Endzieles zu erwarten sei. Amerika kann nicht erfolgreich teilnehmen vor einer politischen Einigung zwischen England und Frankreich. Die französischen Forderungen vorläufig für den Garantievertrag bereiten keine ersten Schwierigkeiten, sofern Paris die Frage der Einbeziehung Polens bis Genua beiseite läßt. England werde einen speziellen Schutz der polnischen Grenze keineswegs bewilligen.

Vor der Papst-Neuwahl.

Rom, 26. Jan. Die Zukunft der deutschen Kardinalen zum Konklave ist für morgen mittig angekündigt. Ebenso liegen aus anderen Ländern Nachrichten von der Abreise der Kardinalen zu der Papstwahl vor. Die Nachzahlung des Vermögens des Papstes Benedikt hat ergeben, daß nur 700 000 Lire vorhanden sind, während man Millionen erwartete. Das Konklave könnte unter diesen Umständen nur mit beschränktem Pomp stattfinden, doch sollen dem Konklave aus Amerika 500 000 Lire Peterspfennige angekündigt worden sein. Es heißt, daß die Deutschen für einen ausländischen, und zwar für einen deutschen Papst arbeiten. Andererseits wird es außer allem Zweifel erklärt, daß der Papst ein Italiener sein wird.

Die Apnagen für Kaiser Mari.

Paris, 26. Jan. Die das „Echo de Paris“ mittels, beidseitig die Botenkonferenzen gehen mit der Frage der Apnagen Paris von Kadsburg. Gerüchte verlautet, daß sie 6 Mill. Franken im Jahre betragen werde. Sie geht zu Lasten von Oesterreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Südslawien, Italien und Rumänien. (S. 7. A.)